

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Anton Mahdalik und Wolfgang Irschik betreffend „Stopp der Begegnungszone“, eingebracht in der Spezialdebatte Innovation, Stadtplanung und Mobilität im Rahmen der Debatte zum Budgetvoranschlag 2021 am 10. Dezember 2020 zu Post 1

---

Als zu Beginn der Corona-Maßnahmen die Bundesgärten geschlossen wurden und auch die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für reine Freizeitgestaltung verboten wurde, fehlte vielen Wienern öffentlicher Raum in ihrer Umgebung, wo sie sich im Freien bewegen und den notwendigen Sicherheitsabstand zu anderen halten konnten. Dazu hat die Wiener Stadtregierung in einigen Bezirken Straßen und Gassen zu „temporären Begegnungszonen“ gemacht, um mehr Raum für Fußgänger zu schaffen. Leider ist nicht jede Idee, die gut gemeint ist, auch wirklich erfolgreich: Die Wienerinnen und Wiener haben die temporären Begegnungszonen kaum genutzt und sind stattdessen vermehrt in den Wienerwald ausgewichen.

Spätestens seit der Öffnung der Bundesgärten und der Freigabe der öffentlichen Verkehrsmittel für Fahrten in Naherholungsgebiete gibt es keinen Grund mehr für die Wienerinnen und Wiener, die temporären Begegnungszonen weiterhin zu benutzen, und für die Stadt Wien ist jeder Grund, diese Zonen aufrecht zu erhalten, weggefallen.

Die als reine Autofahrerschikane verbliebenen „temporären“ Begegnungszonen sollen u.a. in Neubau und Margareten zu permanenten Begegnungszonen werden. Es hat den Anschein, dass unter dem Deckmantel „Corona“ jegliche Bauvorhaben der Wiener Bevölkerung untergeschoben werden sollen, wobei jede Gegenargumentation mit dem „Corona-Schlagwort“ zum Verstummen gebracht werden soll.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität wird aufgefordert, im Sinne der Versicherung des Wiener Bürgermeisters, die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen zu wollen (vgl. DER STANDARD vom 17.11.2020, S.11), die notwendigen Schritte zu veranlassen und von geplanten bzw. in Umsetzung befindlichen Begegnungszonen abzusehen sowie ein alle Verkehrsteilnehmer einbindendes Verkehrskonzept für Wien - ohne Benachteiligung einzelner Verkehrsteilnehmergruppen - dem zuständigen Gemeinderatsausschuss zur Diskussion vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.